



# HESSISCHER LANDTAG

19. 04. 2012

*Dem Ausschuss  
für Umwelt, Energie,  
Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz überwiesen*

## **Dringlicher Berichts Antrag der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion**

### **betreffend Antrag der BNK Deutschland GmbH auf Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen in Nordhessen mithilfe der sogenannten "Hydraulic Fracturing"-(Fracking-)Methode**

Die deutsche Tochter des international tätigen Energiekonzerns BNK Petroleum Inc. - die BNK Deutschland GmbH - möchte in Hessen mit der sogenannten Fracking-Methode nach Erdgas suchen. Deshalb wurde beim zuständigen Bergamt beim Regierungspräsidium in Darmstadt ein Antrag auf Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen nach § 7 Bundesberggesetz (BBergG) gestellt.

Das betroffene Gebiet, das unter dem Namen Adler South firmiert, umfasst neben dem Landkreis Waldeck-Frankenberg auch Teile der Kreise Marburg-Biedenkopf, Schwalm-Eder, Kassel-Land, Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg sowie die Stadt Kassel.

Die Fracking-Methode zur unkonventionellen Erdgasförderung birgt jedoch erhebliche Risiken mit unter Umständen weitreichenden negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gewässer sowie Gefahren für die menschliche Gesundheit. Bei der Fracking-Methode werden tief liegende Gesteinsschichten unter hohem Druck mit Wasser, Sand und toxischen, chemischen Additiven aufgebrochen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie ist der derzeitige Stand des Genehmigungsverfahrens für den Antrag auf Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen durch die BNK Deutschland GmbH?
2. Wie bewertet die Landesregierung die geologische Situation in Nordhessen, das an der Grenze zwischen dem Rheinischen Schiefergebirge und Mittlerem Buntsandstein liegt?
3. Welche Unsicherheiten und Risiken für eine Erschließung bestehen in dieser Region, da sich dort die geologischen Formationen in steter Veränderung befinden?
4. Kommen bereits bei der Aufsuchung von Erdgas chemische Additive im Rahmen der Fracking-Methode zum Einsatz?
5. Muss der Vorgang des Frackings, also Aufbrechens der Gesteinsschicht, nach einer bestimmten Zeit wiederholt werden, um die Produktivität der Lagerstätte zu erhalten, oder reicht ein einmaliges Fracking aus?
6. Liegen der Genehmigungsbehörde ausreichende wissenschaftliche Grundlagen und Studien vor, die eine umfassende Bewertung der Risiken für Mensch und Umwelt beim Einsatz der Fracking-Methode zur Aufsuchung von unkonventionellem Erdgas in Nordhessen ermöglichen?

7. Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen von Bundesumweltminister Röttgen, dass von Genehmigungen der Fracking-Methode abzusehen ist, solange die vom Umweltbundesamt im Februar 2012 ausgeschriebene Studie "Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten - Risikobewertung, Handlungsempfehlungen und Evaluierung bestehender rechtlicher Regelungen und Verwaltungsstrukturen" noch nicht vorliegt?
8. Plant die Landesregierung, ebenso wie Nordrhein-Westfalen (NRW), eine eigene Studie zur Risikobewertung der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mit Fokus auf Hessen in Auftrag zu geben?
9. Beabsichtigt die Landesregierung, ebenso wie NRW, einen Erlass für die Genehmigungsbehörde aufzustellen, nach dem keine Erlaubnis für eine Aufsuchung des unkonventionellen Erdgases erteilt werden kann, bis die Ergebnisse der eigenen Studie oder der Studie des Bundes vorliegen?
10. Wie ist die Haltung der Landesregierung zur Bundesratsinitiative 388/11 aus NRW, die generell eine Umweltverträglichkeitsprüfung bei Vorhaben zur Aufsuchung und Erschließung von unkonventionellem Erdgas mittels der Fracking-Methode fordert?
11. Plant die Landesregierung eine Novelle des Hessischen Landesplanungsgesetzes, um eine "unterirdische" Raumordnung zu ermöglichen und damit Regelungen für Nutzungen im Untergrund wie Trinkwassergewinnung, Energiespeicherung, Erdgasgewinnung, Erdkabel, Lagerung etc. zu treffen?
12. Wie beabsichtigt die Landesregierung größtmögliche Transparenz im laufenden und für zukünftige Genehmigungsverfahren zu schaffen, z.B. durch Veröffentlichung des Ablaufs des Verfahrens durch das Regierungspräsidium im Internet?

Wiesbaden, 19. April 2012

Die stellv. Fraktionsvorsitzende:  
**Kordula Schulz-Asche**

**Ursula Hammann**